



PROTOKOLL

DER 4. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2019, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort

Donnerstag, 16. Mai 2019
in der Aula Rhyfallhalle, Neuhausen am Rheinfall

19.00 – 20.45 Uhr

Präsenz

16 Einwohnerräte (ER): Markus Anderegg (parteilos), Dr. Daniel Borer (SP), Peter Gloor (SP), Dr. Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen), Herbert Hirsiger (SVP), Bernhard Koller (EDU), Renzo Loiudice (SP), Andreas Neuenschwander (SVP), Adrian Schüpbach (parteilos), Urs Schüpbach (parteilos), Marcel Stettler (CVP), Thomas Theiler (CVP), Marco Torsello (FDP), Jakob Walter (parteilos), Nil Yilmaz (SP), Isabella Zellweger (SVP)

Gemeindepräsident (GP): Dr. Stephan Rawyler

Gemeinderäte (GR): Franziska Brenn, Ruedi Meier, Dino Tamagni, Christian Di Ronco

Gemeindeschreiberin: Janine Rutz

Aktuarin: Sandra Ehrat

Vorsitz

Einwohnerratspräsident Dr. Daniel Borer (SP)

Entschuldigt

Vize-Einwohnerratspräsident Peter Fischli (FDP)
Einwohnerrätin Nicole Hinder (AL)
Einwohnerrat Arnold Isliker (SVP)
Einwohnerrat Robert Eichmann (SVP)

Protokoll

Das Protokoll der 3. Sitzung vom 4. April 2019 ist vom Büro genehmigt und allen Ratsmitgliedern per E-Mail rechtzeitig zugestellt worden. Es liegen keine Beanstandungen vor. Dieses wird genehmigt und der Aktuarin, Sandra Ehrat, verdankt.

Mitteilungen

Einwohnerrat Andreas Neuenschwander (SVP) hat heute Geburtstag. Ich gratuliere recht herzlich.

Traktandenliste

1. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Zukunft der Gemeinschaftsantennenanlage Neuhausen am Rheinfall (GAN)
2. Bericht und Antrag betreffend Mehrwertabgabeverordnung
3. Bericht und Antrag betreffend Totalrevision der Fondsverordnung
4. Interpellation Nr. 2019/3 von Jakob Walter (parteilos) vom 7. März 2019 betreffend Sitzungszimmer
5. Postulat Nr. 2019/1 von Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen) vom 17. März 2019 mit dem Titel: Mittels Energierichtplan Ersatz von fossilen Heizungen beschleunigen

Die Traktandenliste wird genehmigt.



Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 4. April 2019

1. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Zukunft der Gemeinschaftsantennenanlage Neuhausen am Rheinfall (GAN).
2. Beantwortung Kleine Anfrage Nr. 2019/7 von Thomas Theiler (CVP) vom 26. März 2019 betreffend Bericht und Antrag zur "Neugestaltung äussere Zentralstrasse".
3. Beantwortung Kleine Anfrage Nr. 2019/8 von Marco Torsello (FDP) vom 27. März 2019 betreffend gesunder Bevölkerungsmix in Neuhausen.
4. Bericht und Antrag betreffend Totalrevision der Fondsverordnung.
5. Bericht und Antrag betreffend Mehrwertabgabeverordnung.
6. Beantwortung Kleine Anfrage Nr. 2019/8 von Marco Torsello (FDP) vom 27. März 2019 betreffend Politische Nachwuchsförderung.
7. Bericht und Antrag betreffend Genehmigung der Baukostenabrechnung Neubau BHKW der ARA Röti.
8. Bericht und Antrag betreffend Genehmigung der Entschädigungszahlung für Gasometer an der Victor von Bruns-Strasse 22 und Kenntnisnahme der Baukostenabrechnung Neubau Gasometer.

Übrige beim Einwohnerrat liegende Geschäfte

Keine

Erheblich erklärte und noch nicht erledigte Motionen und Postulate

1. **Postulat von Felix Tenger (FDP)** vom 16. November 2012 betreffend Verbesserung der Verkehrssituation Kreuzstrasse für Velofahrer. (Fristerstreckung)
An der ER-Sitzung vom 13.12.2012 erheblich erklärt.
 1. Fristerstreckung an der ER-Sitzung vom 12.12.2013 bis 31.12.2015 beschlossen.
 2. Fristerstreckung an der ER-Sitzung vom 10.12.2015 bis 31.12.2019 beschlossen.
2. **Postulat Nr. 2018/3 von Markus Anderegg (FDP)** vom 6. Juli 2018 betreffend Gestaltung Burgunwiese als Parkanlage.
An der ER-Sitzung vom 04.04.2019 erheblich erklärt.
3. **Postulat Nr. 2018/4 von Urs Hinnen (Grüne Schaffhausen)** vom 21. August 2018 betreffend Vertiefungsplanung für eine sichere und attraktive Veloroute zum Rheinfallbecken unverzüglich an die Hand nehmen.
An der ER-Sitzung vom 04.04.2019 erheblich erklärt.

Pendente Kleine Anfragen

1. **Kleine Anfrage Nr. 2019/1 von Arnold Isliker (SVP)** vom 7. Januar 2019 betreffend Haftpflicht für Waldbesitzer.
2. **Kleine Anfrage Nr. 2019/3 von Jakob Walter (parteilos)** vom 21. Januar 2019 betreffend Lücke im Entsorgungsangebot.
3. **Kleine Anfrage Nr. 2019/8 von Marco Torsello (FDP)** vom 27. März 2019 betreffend politische Nachwuchsförderung.



TRAKTANDUM 1 Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Zukunft der Gemeinschaftsantennenanlage Neuhausen am Rheinfall (GAN)

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Der zuständige Gemeinderat ist der Baureferent Dr. Stephan Rawyler.

EINTRETENSDEBATTE

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Der Gemeinderat hat nicht wenig Zeit dafür aufgewendet sich zu überlegen, wie der Titel dieser Vorlage sein soll. Er wollte nicht, es gehe um einen Verkauf. Sie haben sicher die lokalen Medien gelesen, was steht dort? Verkauf! Ein Verkauf ist eine Möglichkeit, aber gleichrangig mit einer Verpachtung oder das Einbringen in eine andere Gesellschaft. Die gute Absicht des Gemeinderats hat nichts genützt, die Medien haben den Titel souverän selbst gesetzt. Wir sind in einer etwas nicht ganz einfachen Situation. Auf der einen Seite muss ich Ihnen erklären, dass wir technisch am Ende unserer Anlage sind. Wir haben noch 862 MHz, heute fährt man mit 1.2 GHz. Auf der anderen Seite muss ich aber einem künftigen Unternehmer die GAN schmackhaft machen und sagen, dass die Gan unheimlich viel wert ist und dass sie in einem besten Zustand ist. Die Wahrheit ist sicher irgendwo in der Mitte. Der Gewinn unserer GAN lässt sich durchaus sehen, aber auch nur deshalb, weil wir mit den Investitionen zurückgefahren sind in der Absicht, diese GAN zu veräussern. Veräussern kann verkaufen, verpachten oder es kann einbringen in eine bestehende Gesellschaft sein.

Wir haben im Vergleich zu anderen Gemeinschaftsantennenanlagen AG zwar durchaus Verlust bei den Abonentinnen und Abonneten aber nicht so dramatisch, wie das andere Anlagen zur Kenntnis nehmen mussten, obwohl natürlich Swisscom, Sunrise, Salt, Netflix und wie sie alle heissen, natürlich auch in Neuhausen am Rheinfall kräftig die Werbetrommel rühren. Pro Monat ungefähr 10 Kunden, die uns verlassen. Das ist natürlich nicht ein einfacher Zustand. Was dafür sicher sehr gut ist, sind die Internetverbindungen. Da hat sich gelohnt, dass wir ein zweites Kabel durch den Rötikanal gelegt haben. Damit können wir eine gute Infrastruktur anbieten. Unsere Anlage ist vielleicht nicht so goldig, wie sie auf den ersten Blick aussieht aber auch nicht ganz schlecht.

Der Gemeinderat ist der Ansicht wir sollten jetzt den Markt testen. Sollte ein Ergebnis herauskommen, dass wir beim besten Willen nicht vertreten können, dann müssen wir sicher erneut über die Bücher und uns überlegen, wollen wir die Anlage behalten und dafür etwas mehr investieren. Heute geht es uns darum Ihren Puls zu fühlen. Ob Sie mit dem Weg, den wir Ihnen hier aufgezeigt haben auf Seite 3 dieses Berichts zur Kenntnisnahme einverstanden sind. Wenn wir nicht einen grossen Widerstand von Ihnen spüren, werden wir so vergehen. Sie werden dann ohnehin nochmals Gelegenheit haben, darüber zu befinden, ob wir das tatsächlich verkaufen, einbringen oder verpachten sollen. Das letzte Wort dürfte dann ohnehin die Stimmbevölkerung haben, denn wir sprechen von einem Betrag, den wir an der Urne entscheiden müssen. Ich bitte Sie diesen Bericht zur Kenntnisnahme wohlwollend zu studieren und entsprechend zur Kenntnis zu nehmen. Besten Dank.



ER Renzo Loiudice (SP)

Ich spreche für die SP und für die Grünen. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis und erlauben uns trotzdem, einige Worte bezüglich des Vorhabens zu den Gemeinschaftsantennenanlagen an sie zu richten.

Wir begrüßen die Intention innerhalb der Vorlage des Gemeinderats. Ich selber habe, so gut ich mich erinnern kann, die Entwicklung der GAN in Neuhausen am Rheinfall in den letzten 3 bis 4 Jahren bei jeder Rechnung und bei jedem Budget abgeholt, denn die Zahlen zeigten und zeigen, auch wenn man sich noch in der Gewinnzone befindet, eine klare Tendenz.

Bei der letzten Rechnung habe ich sogar vom Gemeinderat eine Antwort erhalten, obwohl ich die Frage betreffend Entwicklung gar nicht gestellt hatte. Dies zeigt auf, dass sich der Gemeinderat vermutlich schon seit längerem Gedanken macht über die GAN.

Die aufgeführten zukünftigen Investitionen und die Pensionierung des Spezialisten respektive eine Ausbildung eines neuen Mitarbeiters, vor allem dann, wenn es sich um "Ein-Mann-Betrieb" handelt sind eigentlich richtige Entscheidungs-Meilensteine, ob man als Gemeinde diesen "Service Public" weiterbetreiben möchte. Dieser "Service Public" ist für uns nicht überlebenswichtig für jeden einzelnen Einwohner, zumal auch andere viel grössere Player die gleiche oder eine ähnliche Dienstleistung anbieten.

Ich selber habe innerhalb von vier Jahren, zwischen 2011 bis 2015, an drei verschiedenen Adressen gewohnt und immer mit Herrn Götz zu tun gehabt. Bei jeder Adresse liess ich den Anschluss plombieren, da ich auch einer derjenigen bin, der die Dienstleistung über die grösseren Player bezieht. Ich weiss nicht, ob sich alle Einwohner, die eben bei einem besagten grösseren Player sind, bewusst sind, dass sie die Möglichkeit haben, den GAN-Anschluss zu kündigen. Im besagten Fall wird der GAN-Anschluss nämlich gar nicht mehr benötigt. Das heisst in Zahlen so viel, dass jährlich bei einer Kündigung CHF 240.00 weniger bei der Gemeinde eintrudeln. Man löst ja nicht ein Abo mit der GAN, zumindest nicht als Mieter, man findet die Gebühr versteckt in der Nebenkosten-Abrechnung. Es hat also sicher viele Einwohner da draussen, die zwar diese Gebühr über die Nebenkostenabrechnung unwissend zahlen, diese aber gar nicht benutzen. Ich denke nicht, dass viele Einwohner die Einwohnerratsprotokolle lesen werden, von dem her muss der Gemeinderat anhand meiner Aussage keinen Gewinneinbruch befürchten – aber es ist ein Fakt!

Der Wechsel zu den grossen Playern ist eine Realität und zwar eine immer grösser werdende und der Ausbau der GAN-Leitungen, der Technik im Zusammenhang mit der erwähnten Kommunikation und des Trägermaterials im Kabelnetz werden leider nicht jünger.

Die Fraktion der SP und die Grünen unterstützen daher die Veräusserungsabsicht des Gemeinderats. Von unserer Seite würde uns sicher interessieren, was dann allenfalls bei einem Verkauf mit dem Gewinn passieren würde oder ob irgendwelche Kompensationen an die bisherigen Abonnenten angedacht sind, zumal diese ehrlich gesagt für die Wertschaffung der GAN verantwortlich sind.

Aus regionalem Interesse würden wir der SASAG den Vorrang geben aber ob sich das mit den Veräusserungszielen des Gemeinderats deckt, lassen wir mal hier an dieser Stelle offen.

ER Bernhard Koller (EDU)

Ich spreche zu Ihnen als Vertreter der SVP/EDU-Fraktion. Diese hat diesen Bericht zur Kenntnisnahme an der Fraktionssitzung geprüft und nimmt diesen Bericht wohlwollend zur Kenntnis.



Wir unterstützen den Bericht für die Zukunft der Gemeinschaftsantennenanlage GAN einstimmig und sind einverstanden, dass gemäss Punkt 4 mit der Ausschreibung begonnen werden kann. Dabei ist es wichtig, dass dieser Prozess erfolgt, solange noch ein Interesse an der GAN besteht. Wir streben aber auch an, dass ein möglicher Ertrag nachhaltig investiert wird und uns weiterhin Erträge wie die GAN ermöglichen wird.

ER Marco Torsello (FDP)

Wie FDP-Fraktion schliesst sich der Aussage von der SP Meinung Wort für Wort an. Alles was Renzo Loiudice (SP) gesagt hat, trifft den Nagel auf den Kopf.

ER Thomas Theiler (CVP)

Die CVP hat diesen Bericht zur Kenntnisnahme durchgeschaut und wir sind mehrheitlich und wohlwollend dafür, dass dies vom Gemeinderat angeschaut wird. In einem erneuten Bericht und Anträgen senden wir dann, was das für Neuhausen am Rheinflall bedeuten würde. Grundsätzlich nehmen wir den Bericht zur Kenntnis.

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Die Voten haben sich erschöpft.

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme dieses Berichts zur Kenntnisnahme. Kurz zu den Ausführungen von Einwohnerrat Renzo Loiudice (SP). Es ist tatsächlich so, dass teilweise der GAN-Anschluss in den Nebenkosten ist. Die Vermietungsfirmen tendieren leider stark darauf, das nicht mehr zu machen. Wir haben immer weniger dieser Globalerträge, immer mehr individuelle Anschlüsse. Ich möchte aber es nicht unterlassen etwas Werbung für die GAN zu machen. Mit dem Sasag Internet über die GAN haben Sie vermutlich eines der schnellsten Internets, die wir hier erhalten können. Schneller als die Werbeversprechungen der anderen. Das Internet ist von sehr guter Qualität und zuverlässig. Von dort her muss man sich immer gut überlegen, ob man sich den Anschluss Plombieren will. Das machen wir natürlich, hoffen aber immer, das ist nicht notwendig.

Die Sasag, das haben wir bereits im Bericht zur Kenntnisnahme geschrieben, ist ein bewährter Partner unserer Gemeinde. Wir werden das sicher sehr gerne studieren, was für ein Angebot aus diesem Hause kommt.

Mit einer Kompensation an Abonnenten hätte ich zurzeit noch etwas Mühe, denn die GAN wurde nicht mit Abonnementsgebühren gebaut, sondern primär mit Steuergeldern. Das war nämlich der Staat. Ursprünglich war bei der Hohfluh ein eigener Anschluss und den hat man damals mit Steuergeldern gekauft. Dank des Erfolgs kam dann tatsächlich Geld hinein. Wenn wir investieren müssen, dann müssten wir dies mit Steuergeldern machen. Aber es wird natürlich ein Thema bei der Veräusserung sein, wie sind die neuen Vertragsbedingungen. Da werden wir sicher sehr genau hinschauen. Ich gehe davon aus, dass Sie sich dieses Recht auch nicht nehmen lassen zu prüfen, wie das genau aussieht.

Der Wunsch der SVP/EDU habe ich sehr wohl gehört. Man muss sich einfach überlegen bei 0 % auf dem Bankkonto und dennoch einen Ertrag zu haben von CHF 430'000.00 pro Jahr. Was das für ein Investment ist. Da wären vielleicht einige sogar privat interessiert hier mitzumachen. Ich kann Ihnen



das nicht garantieren. Das ist meines Erachtens auch nicht die richtige Überlegung. Der hohe Ertrag fällt nur deshalb an, weil die Investitionen in den Technikbereich relativ tief sind. Die Sasag hat uns schon vor mindestens zwei bis drei Jahren gesagt, dass wir die 1.2 GHz Technik einführen müssen. Das haben wir bis jetzt nicht gemacht. Wenn wir das machen, dann sprechen wir von mehreren hunderttausend Franken Investition über mehrere Jahre hinweg. Wir werden mehrere Jahre mit einem Defizit rechnen müssen, wenn wir selbst investieren.

Dabei ist unklar, wie sich die Abbonnentenzahlen entwickeln. Die Konkurrenz ist viel stärker. Sie sehen Swisscom, Salt und so weiter machen sehr grosse Plakate und sehr grosse Aktionen. Sei es am Fernsehen oder auf Werbeplakaten. Da sind wir im Vergleich wirklich Weisenknaben. Wir haben ein kleines Rollout, das wir jeweils im Trottentheater haben und im Werkhof. Da sieht man, wir sind nicht mit gleich langen Spiesen unterwegs. Wenn man diese nicht schlagen kann, dann muss man sich überlegen, ob man sich verbinden will. Von dort her bin ich froh, dass Sie diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. Besten Dank.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Ich hatte zufälligerweise heute einen Termin in Zug. Ich war bei der WWZ und ich kann sagen, das Interesse an der GAN, obwohl das Wort nicht direkt gefallen ist, ist auch von dieser Seite interessant. Wir müssen keine Bedenken haben, dass niemand an dieser GAN Interesse hat. Wir brauchen nichts zu verschenken. Es ist absolut so, dass das Interesse an solchen Verbindungen, ob Kauf oder anderes, echt vorhanden sind. Die WWZ ist extrem stark auf diesem Gebiet. Dies nur als Zusatzbemerkung.

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden. Eintreten ist somit beschlossen.

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Wir kommen zur Detailberatung. Ich rufe die einzelnen Seiten des Berichts auf.

KEINE DETAILBERATUNG

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Wird Rückkommen verlangt? Das ist nicht der Fall.

Antrag:

Der Bericht betreffend Veräusserung der Gemeinschaftsantennenanlage Neuhausen am Rheinfall (GAN) wird zur Kenntnis genommen.

Der Bericht wird vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 2 Bericht und Antrag betreffend Mehrwertabgabeverordnung

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Zuständiger Gemeinderat ist Baureferent Dr. Stephan Rawyler.

EINTRETENSDEBATTE

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Letztes Mal, als wir über dieses Thema diskutierten, war es draussen deutlich wärmer, das war im August 2018. Der Mehrwertausgleich war Teil der Vorlage für eine neue Bauordnung. Diese ist bekanntermassen am 25. November 2018 an der Urne gescheitert, sodass sich der Gemeinderat überlegen musste, wie geht es weiter. Gesetzliche Grundlage ist weiterhin das Mehrwertausgleichsgesetz des Kantons Schaffhausen vom 2. Juli 2018, das den Gemeinden die Möglichkeit gibt, einen Mehrwertausgleich zu verlangen. Interessant ist, dass die Grundlagen nicht die gleichen sind, denn Art. 9 sagt nur durch die Aufzonungen könne man einen Mehrwertausgleich verlangen. Dies ist wiederum in Art. 2 Abs. c dieses Gesetzes beschrieben. Das ist die Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten in einer Bauzone durch eine Planungsmassnahme. Die Planungsmassnahme selbst ist nicht so genau umschrieben, was das genau sein soll. Wir haben das auch in Absprache mit dem Kanton eingehend umschrieben, dass namentlich der Erlass eines Quartierplans, die Festlegung oder Änderung von Baulinien, die Gewährung einer Ausnahmegewilligung, eine Landumlegung oder die Anpassung von Bauvorschriften darunterfallen.

Der Gemeinderat hat sich überlegt, welchen Prozentsatz er Ihnen vorschlagen soll. Im Antrag vom August 2018 hat der Gemeinderat 15 % vorgeschlagen. 20 % kommen vom Kanton und dann nochmals 15 % hinauf ergibt dann 35 %. Der Einwohnerrat selbst hat damals in einer Abstimmung auf Antrag von Einwohnerrat Thomas Theiler (CVP) beschlossen 20 % hineinzuschreiben. Der Gemeinderat ist aber dennoch der Ansicht, dass man das nochmals anschauen sollte. Eine Minderheit des Gemeinderats ist dagegen der Ansicht, dass man dieser 20 % übernehmen sollte.

Wir sind die erste Gemeinde im Kanton, die sich an dieses Thema wagt und schauen wir mal, wie die sich die heutige Diskussion entwickelt. Ob der Satz 15 % oder 20 % richtig ist, müssen Sie entscheiden. Die Mehrheit des Gemeinderats ist der Ansicht 15 % ist richtig, aber das letzte Wort haben Sie respektive die Stimmbevölkerung. Ich bitte Sie auf den Bericht und Antrag einzutreten und diesem zuzustimmen.

ER Urs Schüpbach (parteilos)

Wir haben etwas verwundert den Bericht und Antrag zur Mehrwertabgabeverordnung durchgesehen. Über einen Einwohnerratsbeschluss wurde da grosszügig hinweggesehen und die Abgabe soll von beschlossenen 20 % auf 15 % gesenkt werden.

Die SP-Fraktion ist klar der Meinung, dass diese 20 % Mehrwertabgabe belassen werden sollen. Die Gründe für die Mehrwertabgabe von 20 % wurden hier in diesem Gremium reichlich diskutiert. Wir sind nicht der Ansicht, dass die Höhe der Abgabe die Abstimmung zur Totalrevision der Nutzungsplanung beeinflusst hat. Eher waren die Plakate mit den übertriebenen Hochhäusern und den Ausverkaufsängsten ausschlaggebend gewesen. Die Einzahlung in den vorgesehenen Fond und deren Verwendung für Planungsmassnahmen machen für uns Sinn.



Unsere Fraktion ist für Eintreten und wird in der Detailberatung den Antrag zur Erhöhung der Mehrwertabgabe von 15 % auf 20 % stellen. Vielen Dank

ER Andreas Neuenschwander (SVP)

Das Mehrwertabgabegesetz lässt den Gemeinden drei Möglichkeiten wie sie mit Aufzonenverfahren können:

1. Einführung einer eigenen Mehrwertabgabe von höchstens 20 %,
2. den Ausgleich mittels städtebaulicher Verträge zuzulassen oder
3. ganz auf einen Ausgleich zu verzichten.

Dass Variante 3 nicht in Frage kommt, erachten wir als vollkommen richtig. Ist es doch so, dass eine Gemeinde für eine attraktive und funktionierende Infrastruktur besorgt ist und auch dies belohnt werden soll. Nun stellt sich natürlich die Frage, wo der Abgabesatz angesetzt werden soll.

Im Rahmen der Diskussion zu Bauordnung und Zonenplan stellte sich diese Frage in diesem Rat schon im vergangenen Jahr. Wie alle Anwesenden wissen, wurde damals der Satz von 20 % in die Vorlage geschrieben. Mit einem deutlichen Stimmenverhältnis von 14 zu 4 Stimmen. Die Minderheit fügte sich ohne weitere Einwände und so kamen die Schlussabstimmungen mit 17 zu 0 Stimmen, bei einer Enthaltung, schlank durch.

Soweit so gut, seither ist einiges passiert. Das Ergebnis der Volksabstimmung kennen wir alle. Und seither wird über die Gründe der Ablehnung gerätselt, geforscht und diskutiert. Ich gebe zu, auch ich kann nur mutmassen. Aber kann denn jemand mit Sicherheit sagen, dass neben den irreführenden Hochhäuser-Plakaten nicht auch dieser geplante Abgabesatz ein Grund für die Ablehnung gewesen sein kann?

Es ist also richtig, dass wir nochmals über diesen Satz nachdenken. Zum wiederholten Male weise ich auf unsere geografische Lage und unsere Mitbewerber um gewünschte Neuzuzüger hin. Weder unsere Nachbargemeinden Beringen und Schaffhausen noch Thayngen haben bisher eine Mehrwertabgabe eingeführt. Wir sind also die erste Gemeinde, die darüber entscheidet und ich halte es gar für fahrlässig, wenn wir direkt den Maximalsatz anstreben und damit allfällige Investoren in andere Gemeinden vertreiben. Wie ich ebenfalls schon oft gesagt habe: die Investoren brauchen Neuhausen am Rheinflall nicht, wir aber heissen diese gerne herzlich Willkommen.

Die SVP/EDU-Fraktion tritt auf dieses Geschäft ein und wird die Anträge des Gemeinderats einstimmig unterstützen.

ER Marcel Stettler (CVP)

Die Fraktion der CVP hat sich mit dem Bericht und Antrag der Mehrwertabgabeverordnung befasst und ihn durchgearbeitet. Im Grundsatz sehen wir es als notwendig diese zu erstellen und einzuführen. Gemäss dem Mehrwertausgleichsgesetz sind auch die Möglichkeiten klar reglementiert.

Die vorgesehene Verwendung der Mehrwertabgaben ersehen wir als sinnvoll und das Gesetz lässt hier ja auch nicht viel Spielraum. Was uns in der ganzen Sache ein wenig erstaunt und was auch zu reden gab, ist die Höhe. In einer der unzähligen Sitzungen bezüglich der neuen Bauordnung und Zonenplanänderung wurde dieses Thema und auch die Höhe diskutiert und beraten.



Bei der damaligen Abstimmung in unserem Einwohnerrat war die Haltung klar und eindeutig, Der Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall entschied sich klar mit 14 zu 4 Stimmen für 20 % und nicht für 15 %. Nun der Schritt mit 15 % erscheint uns nicht klar. Wir sind klar der Meinung, dass der Einwohnerrat ein klares Signal gegeben hat, auch wenn die Bauordnung bei der Bevölkerung bachab ging. Dass die Abstimmung wegen der Mehrwertabgabe gescheitert ist, sehen wir eher als unwahrscheinlich. Es gab in der Öffentlichkeit nie Diskussion zu diesem Thema.

Warum dieser Kurswechsel, obwohl der Einwohnerrat dies klar anders entscheiden hat. Je nach Ausgang und Erklärung kann es sein, dass noch ein Antrag folgen könnte. Der hier vorliegende Bericht und Antrag wurde sehr kontrovers diskutiert. Die Fraktion der CVP ist für Eintreten hat sich indes aber noch nicht entschieden, ob wir dem Antrag folgen werden. Wir sind gespannt auf die Erklärungen des Gemeinderats und der Diskussion.

ER Marco Torsello (FDP)

Die FDP-Fraktion hat den Bericht und Antrag studiert. Die Gemeinde muss handeln. Der Gemeinderat hat sich bestimmt etwas überlegt mit diesen 15 %. Dies ist nicht der grösstmögliche Satz aber für uns in Ordnung. Einwohnerrat Andreas Neuenschwander (SVP) hat es erwähnt. Gerade für Investoren könnte der Maximalsatz ein Problem darstellen und die Gemeinde bringt sich so selber ins Abseits. Wir werden darauf Eintreten und den Anträgen mit 15 % zustimmen.

ER Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen)

Wir von der AL/Grüne Partei-Fraktion sind auch der Meinung, wir sollten den Satz, wie er letztes Jahr im Einwohnerrat beschlossen wurde, belassen. Man muss sich genau überlegen, worum es hier geht. Es handelt sich um eine Beschenkung der Grundstückbesitzer, ohne jegliches dazutun. Sie haben eine höhere Ausnutzungsmöglichkeit und das gibt natürlich mehr Ertrag. Man muss auch sehen, dieser Ertrag gibt es erst beim Verkauf des Grundstücks. Der Stimmbürger wird dies nicht goutieren und die wenigstens in Neuhausen am Rheinfall sind Besitzer von Grundstücken. Wir sollten unbedingt dafür schauen, dass wir bei diesem Satz von 20 % bleiben. Das ist unsere Stellung zur ganzen Geschichte.

ER Thomas Theiler (CVP)

Wir haben im letzten August 2018 über dieses Geschäft abgestimmt, mit 14 zu 4 Stimmen. Ich finde es eine Anmassung des Gemeinderats, dass er unsere Arbeit so missgünstig sieht und jetzt diesen Prozentsatz nochmals auf 15 % ändert. Ich finde es, gelinde gesagt, frech, wenn drei Gemeinderäte das Gefühl haben, sie müssen $\frac{3}{4}$ des Einwohnerrats mit ihrer Meinung überstimmen wollen. Ich hoffe sehr, dass wir uns das nicht gefallen lassen.

Sie haben es beim Kantonsrat gesehen als es im Kantonsrat um die EKS Aktien ging. Dort hatte der Kantonsrat auch eine andere Meinung. Der Regierungsrat hat die Aktien einfach verkauft. Wenn wir uns das hier so gefallen lassen, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn der Gemeinderat unsere Meinung bei anderen Geschäften einfach umkippt und seine Meinung über unsere stellt. Das ist ein Geschäft des Einwohnerrats und nicht des Gemeinderats und deshalb hat der Gemeinderat dem zu folgen, was der Einwohnerrat beschlossen hat. Das ist ganz einfach.

Für die Investoren sind dieser 5 % mehr oder weniger Peanuts. Diese Investoren haben genug Geld. Diese Mehrwertabgaben sind in den Bauprojekten hineingerechnet. Das bezahlt nicht der Investor, denn schlussendlich bezahlt das der Mieter.



ER Andreas Neuenschwander (SVP)

Auf das Votum von Einwohnerrat Thomas Theiler (CVP) muss ich schon reagieren. Wir sind die erste Gemeinde, die dieser Mehrwertabgabe einführt. Gehen wir aufs Maximum, haben die umliegenden Gemeinden einen grossen Vorteil und könnten diese 5 % runter. Dass es ein Geschäft des Einwohnerrats ist, ist absolut richtig. Der Gemeinderat macht uns einen Bericht und Antrag und wir diskutieren darüber und entscheiden.

Ich weiss nicht mehr, wer diese 4 Stimmen im letzten August waren, die dagegen gestimmt haben. Ich war sicher dabei. Warum muss und kann man seine Meinung ändern. Genau deshalb, weil in der Zwischenzeit viel passiert ist. Das überhaupt nichts mit "Däubele" des Gemeinderats zu tun, sondern damit, dass die Situation neu beurteilt wurde und es wurde eine neue Vorlage erstellt. Das ist definitiv kein Grund, den Gemeinderat auf diese billige Weise anzugehen, lieber Thomas Theiler (CVP).

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich habe nicht den Eindruck, dass in Neuhausen am Rheinfall zu wenig gebaut wird. Mir macht die Aussicht, dass es vielleicht keine kleine Ruhepause gibt in den Bautätigkeiten, keine Angst.

Es geht hier um einen Mehrwert, wofür niemand etwas geleistet hat. Dieser Wert fällt einem Grundstückbesitzer in den Schoss, weil Neuhausen am Rheinfall Änderungen in der Planung oder eine Umzonung vornimmt. Stellen Sie sich vor, wenn es umgekehrt wäre. Bei einer Enteignung spricht niemand davon. Diese wird selbstverständlich entschädigt und Ersatz geleistet.

Ich habe hier überhaupt kein schlechtes Gewissen, wenn ein Grundbesitzer nur 60 % von seinem Mehrwert in den eigenen Sack scheffeln kann. Ich bin absolut dafür, auf diese 20 % zu gehen. Ich finde es ehrlich gesagt frech, dass uns der Kanton hier einschränkt.

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die im Grundsatz wohlwollenden Aufnahme des Geschäfts. Eine Differenz gibt es, ob 15 % oder 20 % der richtige Ansatz ist. Unbestritten ist auch die Verwendung des Geldes und das hat Einwohnerrat Marcel Stettler (CVP) zu Recht erwähnt. Das ist vom Kanton vorgegeben. Da können wir gar nichts machen.

Der Gemeinderat ist bei seiner Linie geblieben, dass er in seiner Mehrheit gesagt hat 15 % sei richtig. Im Gegensatz zum Regierungsrat mit den EKS Aktien: Wir machen eine Vorlage und Sie können darüber befinden. Das ist weder frech noch eine Anmassung. Man muss sich jetzt andere Rechtsnormen vorstellen. Solche, die beim Volk durchgefallen sind, können wir sicher nicht eins zu eins bringen. Wie würde es dann aus diesem Rat tönen. Wir sind jetzt aufgerufen, eine neue Vorlage zu erstellen. Diese wurde auch mit grosser Mehrheit in diesem Rat verabschiedet. Das wird uns aber nicht daran hindern müssen und dürfen, dass wir Ihnen eine andere Bauordnung vorlegen müssen. Das gehört zum politischen Geschäft. Sie haben Ihre Aufgaben und wir haben unsere.

Eigentlich finde ich es eine spannende Diskussion. Sie werden jetzt dem Gemeinderat teilweise vor, wir sind zu tief, übersehen dabei aber, dass der Kantonsrat eine Spannweite von 0 % bis 20 % vorgesehen hat. Wir sind bei 75 % des möglichen Betrags. Der Kanton hat nicht gesagt mindestens 20 % Zins oder 20 % Zins. Eigentlich hätte man diese Argumente im Kantonsrat vorbringen müssen.



Sehr oft kommt der Planungsvorteil nur deshalb zum Tragen, weil man Vorleistungen gemacht hat und sich Überlegungen machte, wie so ein Projekt aussehen könnte. Dieses Projekt kann auch scheitern und es ist nicht immer alles Gewinn. Bis weit ins letzte Jahrhundert hinein haben viele Bauern den grössten Gewinn gemacht, dass über Nacht ihr Ackerland wertvolles Bauland war. Von CHF 0.50 auf CHF 500.00, steuerfrei, super. Das sind nicht diese Fälle. Wir sprechen hier von Quartierplänen. Das sind ganz andere Dimensionen. Der Gemeinderat hat auch letzten Mal bereits gesagt und das gilt auch heute wieder, dass die Mehrheit der Ansicht ist 15 % wäre ein angemessener Satz. Gerade auch mit Blick darauf, dass wir keine anderen Gemeinden haben. Dort gilt der Satz 0 %. Es gibt natürlich Investoren, die sich überlegen, ob sie hier in der Gemeinde investieren oder ob sie in einer anderen Gemeinde investieren.

Es wird in unserer Gemeinde auch nicht zu viel gebaut. Der Kanton Schaffhausen hat einen weit überdurchschnittlichen alten Gebäudebestand. Sie können das in der Antwort des Gemeinderats nachsehen auf die Kleine Anfrage von Einwohnerrat Marco Torsello (FDP) zum Bevölkerungsmix. Dass wir nur schon in den Durchschnitt der Schweiz kommen, muss im Kanton Schaffhausen viel passieren.

Heute Abend müssen Sie eine Abstimmung durchführen. Dann gilt dieser Satz und wir schauen, wie die Auswirkungen sind.

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden. Eintreten ist somit beschlossen.

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Wir kommen zur Detailberatung. Zuerst rufe ich die einzelnen Seiten des Berichts und Antrags auf. Anschliessend die Beilage 2.

DETAILBERATUNG

ER Urs Schüpbach (parteilos)

Seite 2 des Berichts und Antrags

Ich stelle hier den Antrag, dass wir die Mehrwertabgabe auf 20 % erhöhen.

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Wird Rückkommen verlangt? Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Detailberatung von Anhang 1 der Vorlage, der Mehrwertabgabeverordnung.



ER Urs Schüpbach (parteilos)

Ich stelle den **Antrag** die Mehrwertabgabeverordnung, Art. 1 Abs. 1 sei wie folgt zu ändern (**fett/kursiv**):

¹ Die kommunale Mehrwertabgabe bei Aufzonungen beträgt **20 %**. Als Aufzonung gelten namentlich der Erlass eines Quartierplans, die Festlegung oder Änderung von Baulinien, die Gewährung einer Ausnahmegewilligung, eine Landumlegung oder die Anpassung von Bauvorschriften.

Antrag Urs Schüpbach (parteilos) 20 %: 11 Stimmen

Antrag Gemeinderat 15 %: 5 Stimmen

Dem Antrag von Urs Schüpbach (parteilos) wird mit 11 : 5 Stimmen zugestimmt.

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Wird Rückkommen verlangt? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zum Antrag und der Schlussabstimmung.

Antrag:

Der Mehrwertabgabeverordnung wird zugestimmt.

Dem Antrag (inkl. der Änderung) wird mit 16 : 0 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 14 lit. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Bericht und Antrag betreffend Totalrevision der Fondsverordnung

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Zuständiger Gemeinderat ist der Finanzreferent Dino Tamagni.

EINTRETENSDEBATTE

Gemeinderat Dino Tamagni

Der wesentliche Grund ist, warum diese Fondsverordnung angepasst werden muss, ist wegen der Mehrwertabgabe, die sie im Traktandum 2 beschlossen haben. Das fliesst automatisch ein und bei dieser Gelegenheit haben wir ein paar kleine Punkte angepasst, die dringender Anpassung bedurften. Insbesondere auch beim Gemeindeentwicklungsfonds den wir haben. Dort stand, dass der Gemeindepräsident darüber verfügt. Er verfügt nicht, er kann lediglich Antrag beim Gemeinderat stellen. Er hat die Aufsicht über diesen Fonds aber er verfügt nicht darüber. Das sind ein paar marginale Anpassungen, die wir vornehmen möchten. Den Rest haben Sie daraus erkannt. Wie auch den Zinssatz, der in Art. 2 geändert werden muss, dass der Gemeinderat hier den Zinssatz festlegen kann und dieser je nach Bedürfnis angepasst werden kann. Der variable Zinssatz liegt zurzeit bei 2.75 % und steht etwas schief in der Landschaft im Vergleich, was heute an Zins bezahlt wird. Besten Dank.

ER Andreas Neuenschwander (SVP)

Mit der Annahme der Mehrwertabgabeverordnung muss ein Mehrwertabgabefonds geschaffen werden. Unsere Fraktion begrüsst es, dass dieser Umstand dazu genützt wird eine Totalrevision durchzuführen und diese Verordnung auf den aktuellen Stand zu bringen. Wir treten auf das Geschäft ein. In der Detailberatung wird es noch einen Antrag von unserer Seite geben.

ER Marcel Stettler (CVP)

Die Fraktion der CVP hat dieses Geschäft studiert und beraten. Aufgrund der neuen Mehrwertabgabeverordnung ist dies die logische Konsequenz. Die CVP ist für Eintreten und wird dem Antrag zustimmen.

ER Peter Gloor (SP)

Wir haben das Geschäft intensiv beraten und sind zum Schluss gekommen, dass ich auf für die Grünen sprechen darf. Wir haben den Antrag geprüft. Im Nachhinein habe ich mich gefragt, ob der Kulturreferent dies mit dem Heimreferent im Gemeinderat noch bespricht oder jeder selber vor sich "herwurstelt". Ich bin der Meinung, die ganze Sache ist gut aufgegleist und wir werden der Verordnung zustimmen.

ER Marco Torsello (FDP)

Auch die FDP-Fraktion wird der Verordnung zustimmen.



ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden. Eintreten ist somit beschlossen.

Wir kommen zur Detailberatung. Zuerst rufe ich die einzelnen Seiten des Berichts und Antrags auf.

DETAILBERATUNG

ER Peter Gloor (SP)

Wird das im Gemeinderat jeweils besprochen, wenn im Heimreferat oder Kulturreferat etwas entschieden wird?

Gemeinderat Dino Tamagni

Die verschiedenen Referenten haben Zuständigkeitsbereiche zu diesem Konto. Das heisst nicht, dass sie darüber verfügen können. Deshalb diese Korrektur. Es geht dann nach den Kompetenzen der Gemeindeverfassung und da ist ganz klar geregelt, dass der Gemeinderat darüber zu verfügen und zu bestimmen hat. Es gibt einen Bericht und Antrag, der vorgelegt wird und anschliessend darüber beschlossen wird oder dieser abgelehnt wird.

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Wird Rückkommen verlangt? Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Detailberatung über die neue Fondsverordnung, Beilage 2 der Vorlage. Ich rufe die einzelnen Artikel auf.

ER Andreas Neuenschwander (SVP)

Fondsverordnung Art. 2 Abs. 2

In Anbetracht der aktuellen Zinssituation unterstützen wir die Loslösung von der variablen Hypothek der Schaffhauser Kantonalbank von derzeit 2.75 %. Ebenfalls erachten wir es als gute Lösung, wenn die Festlegung dieses Zinssatzes durch den Gemeinderat erfolgt. Allerdings wollen wir diesen Artikel um einen kleinen Zusatz ergänzen und so sicherstellen, dass der Zinssatz mindestens jährlich überprüft wird. Der **Antrag** lautet wie folgt:

Art. 2 Abs. 2 soll wie folgt ergänzt werden: *Die Fonds werden mit einem durch den Gemeinderat festgelegten Zinssatz verzinst, **welcher jeweils ab 1. Januar eines jeden Jahres gilt.***

Ich danke Ihnen für die Unterstützung unseres Antrags.

Gemeinderat Dino Tamagni

Gegen diese Ergänzung hat der Gemeinderat nichts. Wir können diese mittragen. So ist der Gemeinderat angehalten, diesen Zins jedes Jahr zu überprüfen. Er würde es so oder so machen.



ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

In der Detailberatung stellt Andreas Neuenschwander (SVP) folgenden Antrag:

Fondsverordnung, Art. 2 Abs. sei wie folgt zu ergänzen (**fett/kursiv**):

² Die Fonds werden mit einem durch den Gemeinderat festgelegten Zinssatz verzinst, **welcher jeweils ab 1. Januar eines jeden Jahres gilt.**

Antrag Andreas Neuenschwander (SVP): 14 Stimmen

Antrag Gemeinderat: 0 Stimmen

Enthaltungen 2 Stimmen

Dem Antrag von Andreas Neuenschwander (SVP) wird mit 14 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

ER Jakob Walter (parteilos)

Fondsverordnung Art. 11, Punkt 4, "die Entwicklung von touristischen Projekten"

Die Aufzählung in Art. 11, Punkt 4 die Entwicklung von touristischen Projekten entfremdet mich etwas. Die Gemeinde hat das, was an Tourismus vorhanden wäre, dem Kanton übergeben und der Kanton hat dies an die Rheinfallbetriebs AG abgegeben. Ich sehe nicht ein, weshalb die Gemeinde hier Entwicklungshilfe leisten sollte, von dem sie ja gar nicht mehr profitiert. Dieser Punkt könnte von mir aus gestrichen werden. Ich möchte den Gemeinderat auffordern, die Finger von Ausgabe zu lassen, die uns gar nicht mehr zugute kommen.

Gemeinderat Dino Tamagni

Hier gibt es noch andere Möglichkeiten, wie wir uns präsentieren können. Wir sprechen nicht nur von den touristischen Attraktionen wie zum Beispiel der Rheinfall. Es gibt die Beflagung der Gemeinde, der Blumenschmuck könnte damit unterstützt werden oder Attraktionen im Zentrum. Diese Möglichkeit müssten wir schon haben mit dem Gemeindeentwicklungsfonds, sonst wäre es schwierig in diesem Bereich etwas zu unternehmen. Ich denke, das ist für die Gemeinde ein wichtiger Punkt, den wir unbedingt in der Verordnung lassen müssen. Ob dieser ausgeschöpft wird oder nicht, sei dahingestellt.

ER Jakob Walter (parteilos)

Gegen diese Verwendungszwecke (Beflagung, Blumenschmuck und so weiter) habe ich nichts. Bis jetzt hatte ich den Eindruck, dass ich diese als Steuerzahler finanziere und dies auch für die Bevölkerung von Nutzen ist. Die Bevölkerung kommt unter Art. 11 meiner Meinung nach nicht vor, aber die Touristen sind erwähnt. Das stört mich sehr.

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Es gibt auch bei diesen Entnahmen die Verfassungskompetenz. Bis CHF 100'000.00 kann der Gemeinderat entnehmen und darüber hinaus sind Sie als Einwohnerrat dafür zuständig und wenn es noch weiter hinaufgeht, dann braucht es einen Volksentscheid. Es ist nicht ein Vorrat, bei dem man sich einfach bedienen kann.



Diese Entnahmen sind im Normalfall immer budgetiert. Sie sehen diese bereits in der Rechnung, ob da etwas vorgesehen ist oder nicht.

Die Aufzählungen in Art. 11 der Fondsverordnung ist beispielhaft. Es heisst nämlich: ...*"Dazu gehören insbesondere Gemeindebeiträge an:"* ... Die Bevölkerung steht sehr wohl im Zentrum. Das fängt bereits bei den Bildungsinstitutionen an. Das ist das A und O, wovon unsere Bevölkerung profitiert. Ebenfalls der öffentliche Verkehr betrifft direkt unsere Bevölkerung. Umwelt- und Naturschutzprojekte betrifft direkt unsere Bevölkerung. Kulturelle Veranstaltungen, Vereinigungen und Institutionen betrifft direkt unsere Bevölkerung. Die Entwicklung von touristischen Projekten, ist wie bereits Dino Tamagni ausgeführt hat, Projekte wie zum Beispiel die Beflagung. Darüber wird auch der Auftritt bei Schaffhausen Tourismus bezahlt. Im Haus der Wirtschaft existiert eine Projektionswand. Dort erscheint auch regelmässig ein Beitrag über die Gemeinde Neuhausen am Rheinflall. Das kostet und wird darüber abgebucht beziehungsweise kann man darüber abbuchen.

Der Gemeinderat war in letzter Zeit eher zurückhaltend diesen Gemeindeentwicklungsfonds in Anspruch zu nehmen. Ich bitte Sie wirklich, dieses Instrument so zu belassen, denn wenn Sie es einschränken, wird es immer noch schwieriger, diese Beträge auszugeben.

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich möchte es Ihnen nicht einfacher machen das Geld für den Tourismus auszugeben. Wir haben nichts vom Tourismus.

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Der leider viel zu früh verstorbene Regierungsrat Erhard Meister hat immer gesagt, jeder 15. Arbeitsplatz in unserem Kanton hängt direkt vom Tourismus ab. Zulieferer, der Detailhandel und die Gastronomie müssen so aufgestellt werden, dass sie für den Tourismus interessant sind. Einige sind erfolgreicher und andere etwas diskreter. Der Tourismus ist für uns wichtig. Das muss ich hier an dieser Stelle ganz klar sagen.

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Wird Rückkommen verlangt? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zum Antrag.

Antrag:

Der Einwohnerrat stimmt der Totalrevision der Fondsverordnung zu

Dem Antrag (inkl. der Änderung) wird mit 16 : 0 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 14 lit. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinflall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist vorerst erledigt.



TRAKTANDUM 4 Interpellation Nr. 2019/3 von Jakob Walter (parteilos) vom 7. März 2019 betreffend Sitzungszimmer

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Ich erteile Jakob Walter (parteilos) das Wort zur Begründung seines Vorstosses.

BEGRÜNDUNG

ER Jakob Walter (parteilos)

Geschrieben habe ich diese Interpellation als niemand wusste, wie es weitergehen sollte. Danach habe ich gelesen, dass für das Volkshaus ein neuer Pächter gesucht wird. Wurde schon jemand gefunden? Ich weiss nicht, was die Zukunft fürs Restaurant Volkshaus bringt? Deshalb habe ich mich entschlossen, nur aufgrund des Inserats, den Vorstoss nicht zurückzuziehen.

Insgesamt geht es in eine ähnliche Richtung wie die Kleine Anfrage von Marco Torsello (FDP), der sich um die Rekrutierung von politischem Nachwuchs kümmert. Für mich ist es wichtig all jenen wenigen Personen, die politisch aktiv sind, den Lebensraum zu erhalten.

Ich anerkenne den Pauschalbeitrag der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall an uns Einwohnerräte. Ich nenne das "Parteienfinanzierung light".

Es bestehen immer weniger lokale, die man als Sitzungszimmer, Tagungen brauchen kann beziehungsweise darf. Es geht hier nicht nur um politische Parteien. Es existieren immer weniger geeignete Lokale.

Wie weit fühlt sich die Gemeinde verpflichtet hier etwas die Lebensbedingungen von Parteien, selbstverständlich auch anderer Vereine, zu vereinfachen? Wie weit hat sich die Gemeinde schon Gedanken dazu gemacht? Wie weit sieht der Gemeinderat Möglichkeiten?

Sportvereine würden sicherlich auch von Sitzungszimmern profitieren, andererseits bereits jetzt schon davon profitieren, dass sie die Turnhallen zur Verfügung gestellt bekommen. Ich glaube, dass politische Vereinigungen mindestens gleichwertig gefördert werden sollten wie Sportvereine.

Ich bin gespannt, ob es seitens der Gemeinde Möglichkeiten gibt.

BEANTWORTUNG

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Der Gemeinderat beobachtet natürlich durchaus mit einer gewissen Besorgnis die Entwicklung im Neuhauser Gastgewerbe. Wir sehen, dass verschiedene Restaurants geschlossen haben, teilweise wurden diese umgebaut. Sprechen wir das Restaurant Central an. Nach wie vor zu ist das Restaurant Fernblick, Da Angelo. Wir sehen auch, dass es nicht einfach ist Sitzungszimmer organisieren zu können und wir sind uns auch durchaus bewusst, dass zum Beispiel die Stadt Zürich grosse Angebote hat in diesem Bereich. Wir fragen uns aber dennoch, ob das tatsächlich die



Aufgabe der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall ist, dass wir hier Sitzungsmöglichkeiten organisieren und diese zur Verfügung stellen.

Bei den gemeindeeigenen Liegenschaften kommt vorab eigentlich nur das Restaurant Schützenhaus in Frage. Das war äusserst schwierig zu verpachten. Sie wissen, heute ist dort ein Motorradclub, der dieses als Clublokal benutzt. Wir trotz diverser Anläufe keine Wirtin, keinen Wirt gefunden, der dort tätig werden wollte. Andere Wirtschaften haben wir nicht, im Gegensatz zur Stadt Schaffhausen, die über diverse Gaststätten verfügt. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir das nicht haben.

Wir können einen Blick auf die Schulhäuser und Alters- und Pflegeheime werfen. Die Alters- und Pflegeheime sind heute eine selbstständige Anstalt. Dort wäre diese zuständig sich darüber zu äussern, ob sie sich öffnen will für Dritte oder am Abend. Bei den Schulen ist es grundsätzlich möglich, dass man ein Zimmer mietet. Das kann man muss aber einen bescheidenen Betrag leisten. Dort ist dann aber die Frage, wie lange man bleiben kann, denn die Hauswarte haben Anspruch, dass sie abends nach Hause gehen können. Zwischen 21.30 Uhr bis 22.00 Uhr ist Lichterlöschen angesagt. Die Infrastruktur ist unterschiedlich. Das wissen Sie. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Es gibt Musikinstrumente (Flügel etc.), was für politische Zwecke nicht sehr interessant ist. Es gibt teilweise Beamer. Die Sitzmöglichkeiten sind teilweise sehr spartanisch und laden nicht zum Verweilen ein.

Das Gemeindehaus selbst ist nicht eingerichtet, dass wir es abends für Drittpersonen öffnen könnten. Wir haben keine Möglichkeit die einzelnen Sitzungszimmer zu öffnen. Sogar das Sitzungszimmer im Parterre ist nach der Schleuse. Unsere Liegenschaften sind dafür nicht geeignet. Wir sind auch der Ansicht, dass wir den Gastbetrieben nicht noch Konkurrenz machen sollten, denn für diese könnte es durchaus von Interesse sein, dass politische Organisationen und Vereine regelmässig bei ihnen vorbeischaun und ihre Sitzungen dort abhalten. Das führt doch regelmässig zu Konsumationen von Getränken und teilweise von Essen.

Es gibt einzelne Gastwirtschaften, die das durchaus nutzen. Zum Beispiel die Neue Welt bietet ein Sälchen an. Die Kreuzstrasse hatte ebenfalls ein kleines nicht besonders gemütliches Sälchen, nämlich fensterlos. Das Metropol, das wieder bewirtet wird, hat früher immer die Bedingungen gehabt, dass man etwas isst. Wie das aktuell ist, ist mir nicht bekannt. Man muss mit dem Wirt sprechen, ob er eine Entschädigung oder Mindestkonsumation wünscht, wenn man an einen solchen Ort geht. Das gehört einfach dazu.

Es ist klar, die kleinen Fraktionen brauchen keinen grossen Saal mehr. Da reicht praktisch ein Stammtisch. Da muss man flexibel sein und schauen, wo man etwas findet. Grössere Anlässe kann man auch im Grünen Baum durchführen. Wie dort die Kosten sind, weiss ich allerdings nicht. Dann gibt es 90 Grad mit der Firma Witzig Büromöbel. Dann gibt es Möglichkeiten im Schlössli Wörth, im obersten Stock. Ein toller Saal mit einem wunderschönen Ausblick, direkt zum Rheinfall. Ich denke es gibt Möglichkeiten, aber das spricht nicht gegen die Berechtigung der Interpellation von Jakob Walter (parteilos).

Ich habe gesagt, auch der Gemeinderat schaut mit Besorgnis auf die Entwicklung im Gastgewerbe. Es spiegelt sich hier teilweise das wider, was wir bereits im Detailhandel gesehen und erlebt haben. Nämlich der unglaubliche Druck des Euroraums, Jestetten und Lottstetten. Ich habe selbst schon erlebt, dass Schaffhauser Vereine in Jestetten Sitzungen abgehalten haben. Jetzt denken Sie vielleicht, warum ich dort gewesen bin? Ich war von der Bürgermeisterin von Jestetten eingeladen zum Nachtessen mit meiner Kollegin und meinen Kollegen. Dann haben wir einen bekannten Handballclub aus unserer Region dort gesehen. Alles Schaffhauser kamen aus diesem



Sitzungszimmer heraus. Da muss man sich wirklich überlegen ob das so klug ist, wenn man die Sitzungen in Deutschland abhält und nicht hier den Wirtinnen und Wirten eine Chance geben.

Im Moment sieht der Gemeinderat keinen Anlass im Sinne zum Beispiel eines Quartierzentrums Sitzungsräumlichkeiten anzubieten, aber er wird die Situation aufmerksam weiterhin beobachten. Besten Dank.

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Ich frage Einwohnerrat Jakob Walter (parteilos) an, ob er mit dieser Antwort zufrieden ist?

ER Jakob Walter (parteilos)

Die Aussicht darauf, dass der Gemeinderat die Situation beobachtet ist am unteren Limit dessen, was ich mir erhofft, aber nicht unerwartet.

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Keine Wortmeldungen mehr?

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 5 Postulat Nr. 2019/1 von Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen) vom 17. März 2019 mit dem Titel: Mittels Energierichtplan Ersatz von fossilen Heizungen beschleunigen

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Ich frage Einwohnerrat Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen) an, ob er zur schriftlichen Begründung des Postulats Ergänzungen anbringen möchte.

ERGÄNZUNGEN

ER Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen)

Es war in der Presse zu erfahren, dass der Kanton den Gemeinden vorschreibt, dass ein Energierichtplan bis 2020 vorhanden sein muss. Dieses Postulat rennt eigentlich offene Türen ein. Es ist erstaunlich, dass man bis heute nichts davon gehört hat, ob die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall daran arbeitet. In der Stadt Schaffhausen gibt es seit 1997 eine Energierichtlinie. Es wurden damit gute Erfahrungen gemacht gemäss Anfrage bei Stadtökologin Urs Capaul. Es ist erfolgreich und es wurden Ziele gesetzt, die erfolgreich angegangen werden konnten. In der Presse letzte Woche hat man erfahren, dass weitere detailliertere Ziele und Massnahmen festgelegt wurden um den Wärmebedarf zu reduzieren und den Anteil der erneuerbaren Energien zu fördern. Ich denke, das würde auch bei der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall anstehen, sich genaue Vorstellungen zu machen und diese Ziele zu verfolgen. Immer mehr weg zu kommen von den fossilen Energien.

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Der Gemeinderat beantragt Ihnen dieses Postulat nicht erheblich zu erklären.

Der Gemeinderat ist sich bestens bewusst, dass Neuhausen am Rheinfall eine Energiestadt ist und wir leben diesen Grundsätzen auch nach, wo immer wir es können. So haben wir zum Beispiel jetzt den Kindergarten Rheingold nach Minergie P erstellt. Ich kann Ihnen sagen das war sehr anspruchsvoll, das so zu machen. Anspruchsvoller als ich mir das vorgesellt habe. Wir sind zugleich auch der Ansicht, dass wir nur das machen sollen, was sich wirklich rechnet und was für Neuhausen am Rheinfall auch Sinn macht.

Es ist klar, dass der Kanton Schaffhausen bereits Energievorschriften hat. So ist die Gemeinde verpflichtet, strenger die Energiemassnahmen zu beachten, als ein normaler Bauherr. Das haben wir zu genüge zur Kenntnis nehmen müssen beim Schulhaus Kirchacker. Es ist nicht einfach ein Schulhaus aus dem Anfang des letzten Jahrhunderts so umzugestalten, dass es den Energievorschriften des 21. Jahrhunderts entspricht. Man hat im 19. Jahrhundert ein Haus anders gebaut als man es heute tut.

Was würde ein Energierichtplan bedeuten? Man würde sich tatsächlich Ziele vorgeben bezüglich der rationellen Energienutzung, Optimierung der Energienutzung, die Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energien will man vorsehen. Man würde sich auch überlegen, wie die Situation heute aussieht, was passiert im Bereich Wohnen oder in den Industrie- und Gewerbegebieten. Wie sieht der Gebäudebestand aus. Da sind wir wieder bei Thema "alter Gebäudebestand". Wer sind die



Energielieferanten und welche nachhaltig produzierte Energie ist für Neuhausen am Rheinfall bestens geeignet.

Mit den Zielen und Analysen würde man einen entsprechenden Bericht erstellen und eine Karte zeichnen, dort wo man Fernwärme vorsieht, dort wo man Gas vorsieht oder dort wo man vielleicht sage, dass die Erdölheizungen weg müssen. Behördenverbindlichkeit bedeutet, dass wir die entsprechenden Massnahmen in Quartierplanvorschriften umsetzen müssen. Wir könnten sie nicht einfach in einer normalen Baubewilligung umsetzen. Bei einer normalen Baubewilligung gilt das Baugesetz. Bei den Quartierplanvorschriften können wir mehr verlangen. Das machen wir aber heute schon. Das sind ganz zentrale Aspekte des Quartierplans. Die Quartierpläne können Sie seit rund einem halben, dreiviertel Jahr auf dem Internet in unserem Rechtsbuch ansehen. Alle neuen Quartierpläne haben eine Aussage zu den Quartierplanvorschriften.

Das zeigt gerade auch den Unterschied zur Stadt Schaffhausen. Die Stadt Schaffhausen hat grosse Neubaugebiete. Artilleriestrasse, Richtung Hemmental, Buchthalen. Das haben wir nicht. Dieser Rat hat sich schon vor mehreren Jahren entscheiden, dass wir keine Entwicklung machen bei denen wir Bauland einzonen würden. Der Gemeinderat unterstützt diesen Antrag. Ich finde, der Einwohnerrat hat sich damals gut entschieden, sonst wären da Wünsche gekommen, dass wir bis zum Aazheimerhof einzonen und das wäre sehr schade. Wir müssen die Entwicklung nach innen suchen und ich bin überzeugt, dass wir das dort auch finden. Wenn man aber von der Entwicklung nach innen spricht, dann reden wir vom bestehenden Baugebiet und vom bestehenden Gebäudepark. Dort ist es nicht so einfach, dass man einfach sagt, wir müssen jetzt umstellen auf nachhaltige Energie. Genau dort wo sehr dicht gebaut ist, kann man nicht einfach Bohrungen machen oder Luftheizungen installieren. Da setzt die Physik Grenzen und an diese muss man sich halten.

Aus diesen Überlegungen muss man sich fragen, was dann der Energierichtplan bringt. Als Institution ist er an sich ein sinnvolles Instrument, das möchte ich hier betonen. Der Gemeinderat hat deshalb durchaus Sympathie für das Postulat von Einwohnerrat Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen) aber wir glauben für Neuhausen am Rheinfall bringt es einfach zu wenig.

Es muss auch geschaut werden, wie hoch sind die Kosten? Es kostet zwischen CHF 80'000.00 und CHF 120'000.00. Dann sind wir wieder am gleichen Ort wie vorher. Wir wissen, wir müssen Erdölheizungen wegnehmen. Wir müssen in Quartierplänen vorsehen, dass man nachhaltige Energie ganz oder zu einem hohen Prozentsatz eingesetzt wird. Dass auch beim Bau mit Materialien gearbeitet wird, die nicht versteckte fossile Energien beinhalten. Was uns je länger je mehr in den nächsten Jahren beschäftigen wird ist, dass das Recycling von Baumaterial. Das IKL setzt immer mehr Druck auf diesen Punkt, dass zum Beispiel Recycling Beton eingesetzt wird. Sie haben vielleicht schon gelesen, dass Kies plötzlich eine Mangelware zu werden droht. Vom Sand habe ich kürzlich das gleich gelesen. Wir müssen mit diesen sinnvollen Baumaterialien sorgfältig umgehen. Die Energie wird in den nächsten Jahren ein wichtiger Teil bleiben, aber nicht der einzige. Bei einer Gesamtbetrachtung was nachhaltiges Bauen wirklich ausmacht, ist es sicher ein wichtiger aber nicht der alles entscheidende Faktor.

Die Energiepreise sind so hoch, dass ein Bauherr schon heute darauf schaut, dass er die Energievorschriften einhalten kann. Grossinvestoren schauen heute schon darauf, dass sie Minergie, Minergie P oder Minergie P Ego bauen oder dass sie mit eigenen Standards kommen.

Da sehen wir den Nutzen in Neuhausen am Rheinfall, weil wir keine neuen Baugebiete haben einfach nicht, dass wir hier einen Energierichtplan machen. So sinnvoll das Instrument in einer anderen Gemeinde durchaus sein kann, das wollen wir überhaupt nicht abstreiten, aber für uns glauben wir nicht, dass es sinnvoll ist CHF 80'000.00 bis CHF 120'000.00 für etwas auszugeben,



das faktisch dann in der Schublade verschwinden wird und in der täglichen Arbeit von keinem Nutzen sein wird.

Sollten Sie das aber dennoch wünschen, müssten wir das im Budget 2020 aufnehmen. Dann würden wir das umsetzen. Ich gehe davon aus, dass wir Ende 2020/Frühling 2021 Ihnen den Energierichtplan vorlegen könnten. Nach der aktuellen Bauordnung wäre der Gemeinderat alleine zuständig. Das ist ein Richtplan. Ob der Gemeinderat ihnen diesen dennoch zur Genehmigung vorlegen wird, das möchte ich noch offenlassen, weil wir ohnehin beantragen, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

In den letzten Tagen haben wir die Vernehmlassung bekommen für die Mustervorschriften der Kantone. Da haben wir bis August Zeit uns vernehmen zu lassen. Ich habe das auch in der Zeitung gelesen betreffend dem Energierichtplan für die Gemeinden. In der Zeitung habe ich es gefunden aber im Gesetzestext steht es nicht. Es steht dort, dass einem eine Vorbildfunktion zukomme aber es steht nicht, dass man einen Energierichtplan machen muss. Ich glaube das wäre im Kanton Schaffhausen auch schwierig namentlich in kleinen Gemeinden einen Energierichtplan durchzusetzen mit den entsprechenden Kosten. Es werden in diesem Entwurf viele Aussagen namentlich zu den elektrischen Heizungen gemacht, der Wasseraufbereitung etc. Es wird gesagt, dass der Kanton bei kantonalen Neubauten grundsätzlich Minergie P anwenden will. Das werden dann die Gemeinden auch bald machen müssen. Das ist nicht so einfach Energie P umzusetzen.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass das Postulat ein grundsätzlich sinnvolles Anliegen aufnimmt, aber das das für Neuhausen am Rheinflall nicht der richtige Weg ist und deshalb als nicht erheblich erklärt werden soll. Besten Dank.

ER Isabella Zellweger (SVP)

Die SVP/EDU-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats ab. Mit der Abstimmung vom vergangenen Herbst wurde von der Gemeindebevölkerung der Verkauf der Fernheizwerk AG beschlossen. Mit diesem Verkauf und mit dem Erwerb von Aktienanteilen am Energieverbund Neuhausen AG, kurz EVNH AG, wurde die Richtung beziehungsweise die Energiestrategie bereits eingeläutet.

Diese sieht vor, dass im geographisch engmaschigen Neuhausen am Rheinflall, sich möglichst viele am Netz der EVNH anschliessen, insbesondere Mehrfamilienhäuser und die öffentliche Hand. Anderen stehen die Alternative der Wärmepumpe offen.

Des Weiteren konnte kürzlich aus den Schaffhauser Nachrichten entnommen werden, dass der Regierungsrat eine Teilrevision des Baugesetzes vorsieht. Dabei sollten insbesondere bei Neubauten schon 10 % des Eigenverbrauchs mit selbstproduzierter Energie kompensiert werden.

Für Neuhausen am Rheinflall macht es deshalb keinen Sinn einen Energierichtplan zu errichten, welcher sich nach den Plänen der EVNH oder nach dem allfälligen neuen Baugesetz richtet und zudem sicherlich sehr viel Geld kostet. Besten Dank.

ER Marcel Stettler (CVP)

Grundsätzlich haben wir grosse Sympathie für einen Energierichtplan, so wie er hier gefordert wird. Doch wir sehen es gleich wie die Fraktion der SVP/EDU. Wir sind nicht für Überweisung und zwar mit folgender Begründung. Die Stossrichtung stimmt grundsätzlich in der Gemeinde mit dem Umgang der Energie und den Energievorsätzen. Der EVNH wurde angesprochen und ist ein grosses



Beispiel dafür, dass man schon vernetzt denkt und bereits auf alternativen Energien unterwegs ist. Auch das Baugesetz wurde angesprochen. Selbst bei Baugenehmigungen, was ich selbst beurteilen kann, wird bereits auf diese Energiethemen hingewiesen. Es wird nicht einfach etwas gebaut. Der Grüne Baum ist Minergie Bau Standard und auch zum Beispiel Gebäude im SIG Areal. Das Schulhaus Kirchacker und so weiter. Wir sind hier schon sehr gut unterwegs. Wir sollten immer wieder ein Auge darauf werfen. Dieses Postulat würde unseren Gemeinderat, dem es an Arbeit nicht mangelt, zusätzlich beschäftigen. Aus diesem Grund sind wir auch der Meinung, dass dieses Postulat nicht überwiesen werden soll.

ER Jakob Walter (parteilos)

Unsere Fraktion hat die Zeichen des Postulats gesehen. Es steht bedenklich um unseren Planeten. Daher sehen wir dieses Postulat als ein winzig kleiner Schritt in die richtige Richtung. Man müsste viel schneller und drastischer etwas unternehmen.

Private Bauherren denken hier weiter als unser Gemeinderat. Es ist schade, müssen wir die Hoffnung auf Private konzentrieren. Auf Ihren Tischen haben Sie die Broschüre vom EVNH erhalten und sehen hier die weiteren Ausbaupläne. Das ist ein Bruchteil von unserem Gemeindegebiet und kann ein Bestandteil sein von einem Energierichtplan aber ganz sicher nicht der Energierichtplan für Neuhausen am Rheinfall.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Ich komme nicht darum herum, dass ich nun doch ein paar Worte dazu sagen muss. Wenn ich als Schweizer, als Klimagegner bezeichnet werde, weil wir hier in der Schweiz im Europaraum am meisten Ölheizungen haben, dann bitte ich doch jene Leute, die so etwas sagen auch zu prüfen, wie wird in den anderen Ländern geheizt? Ist denn Kohle besser? Was wir an Öl in die Schweiz importiert? Dieser Bereich ist rückläufig mit einer einzigen Ausnahme: Der Treibstoff für die Autos. Aber der Heizbereich ist zurück gegangen und das ist nicht unwesentlich. Man äussert sich immer so, als ob wir in der Schweiz die grossen Verschmutzer sind. Es ist unglaublich, wie weit wir in der Technik sind. Fragt unsere Fachspezialisten. Was wird heute getan in Bezug auf Isolierung. Wir entwickeln uns in die richtige Richtung und nur unnötige Kosten zu verursachen ist nicht richtig. Die Grundaussage die hier steht ist nicht falsch, aber bitte kommt auf den Boden zurück und schaut alles genau an. Wir haben eine Bevölkerung, die im Wachstum ist, aber nicht hier in der Schweiz. Ich bin auch nicht dafür, dass wir auf die anderen zeigen, aber ich bin der Meinung, dass wir hier in der Schweiz auch etwas stolz sein dürfen, was wir bis jetzt erreicht haben. Wir verbessern uns in der Schweiz laufend und laufend wird uns gesagt, wir seien die Verschmutzer. Dazu kann ich nicht ruhig sein. Ich finde es in Ordnung, dass wir hier jetzt sagen, jawohl Gemeinderat wir unterstützen Sie. Der Gemeinderat hat seine Möglichkeiten bewusst geprüft und somit bin ich der Meinung, sie haben ihre Aufgaben sehr wohl erfüllt.

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich habe nicht gesagt, die Schweiz sei der "Oberschmutzer". Ich habe gesagt, wir, und damit meine ich die Menschheit auf unserem Planeten, muss unbedingt etwas machen. Das ist wissenschaftlich klar. Wenn wir weniger als auf 2 Grad Erwärmung kommen möchten, dann müssen wir in sehr absehbarer Zeit Null CO2 rauslassen. Es ist sehr billig und bequem zu sagen, wir sind auf gutem Weg und die Zahlen gehen retour.



ER Urs Hinnen (Grüne Partei Schaffhausen)

Ich bin etwas enttäuscht von der Stellungnahme des Gemeinderats. Es ist ein Zeichen der Zeit, dass man jetzt Gas geben muss und wenn man das einfach so dahinplätschern lässt und darauf hofft, dass private Investoren auch ein offenes Ohr haben, was dieser Sache betrifft. Das ist schlecht, man muss genau wissen, wo man hinzieht. Man soll sich klare Ziele setzen und nicht im Nebel fahren. Es gibt verschiedene Dinge, dieses Thema Energieversorgung ist sehr komplex und das braucht doch einen Rahmen, wo wir in nützlicher Frist hinkommen wollen. In welchem Zeitrahmen wir das erreichen wollen. Wir als Energiestadt sollten doch auch ein Zeichen setzen und sagen, wir sind dabei uns setzen uns ein.

Gemeindepräsident Dr. Stephan Rawyler

Es ist doch entscheidend was die Gemeinde gemacht hat. Ich verahre mich klar dagegen, dass wir mutlos sind. Das ist wirklich falsch. Wir haben im Rosenbergschulhaus eine Luftluftheizung eingebaut. Das war nicht so courant normal. Ein Gebäude in dieser Grösse mit solch einer Art Luftheizung zu beheizen. Das war ein gewisses Risiko, hat sich aber ausbezahlt. Sie funktioniert wirklich gut. Wir brauchen die Gasheizung praktisch nicht mehr. Schon vor vielen Jahren haben wir Schnitzelheizungen im Gemeindewiesen eingebaut. Heizungen waren immer schon ein Thema. Ich durfte 1990 in den Einwohnerrat eintreten und mit Einwohnerrat Peter Gloor (SP) eine Kommission leiten, die Heizung im Schindlergut. Das hat die Gemeinde immer beschäftigt.

Der Gemeinderat hat schon sehr rasch bei der Spitex Elektrofahrzeuge eingesetzt. Anfangs war die Begeisterung sehr klein, ausser der Gemeinderat. Heute freuen sich die Damen, dass sie ein solches Fahrzeug haben. Das ist wirklich ein tolles Fahren.

Wir schauen bei den Isolationen. Einwohnerrat Renzo Loiudice (SP) hat sich schon zur Beleuchtung erkundigt, was wir das machen. Auch hier sind wir gut unterwegs. Weiter als viele andere. Wir hängen das vielleicht nicht immer an die grosse Glocke. Lieber etwas machen und nicht darüber sprechen. Wir sind nicht die "Ankündigungsgemeinderäte", sondern wir machen etwas. Wir schauen wirklich, dass wir dort wo es Sinn macht, dies auch umsetzen können.

Kindergarten Rheingold, Minergie P, wäre nicht notwendig gewesen. Minergie hätte vollkommen gereicht. Aber wir wollten etwas mehr machen. Im öffentlichen Transportwesen haben wir die S24 unterstützt. Damals hiess sie noch S16. Den öffentlichen Verkehr unterstützen wir massiv. Das sind tatsächlich Dinge, die unserer Umwelt etwas bringen. Das ist nicht mutlos. Wir sind seit Jahren und konsequent dahinter. Ich denke, der Vorwurf der Mutlosigkeit dürfen wir getrost abhacken und als falsch ansehen. Besten Dank.

ER-Präsident Dr. Daniel Borer (SP)

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Wir stimmen ab.

Das Postulat wird mit 9 : 7 Stimmen nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Das Geschäft ist somit erledigt.

GEMEINDE

**NEUHAUSEN
AM RHEINFALL**

CH-8212 Neuhausen am Rheinfall
www.neuhausen.ch



Wir treffen uns zur nächsten ordentlichen Einwohnerratssitzung am Donnerstag, 13. Juni 2019 zur Behandlung der Rechnung 2018. Ich bedanke mich für das aktive Mitmachen und wünsche allen einen schönen Abend. Die Sitzung ist somit geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Dr. Daniel Borer
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin